RUNDBLICK
POLITIKJOURNAL FÜR NIEDERSACHSEN

#029
13.02.2025

Foto: MK

Feature · Seite 4

Plattdeutsch ist zurück

Die Sprache soll Schulfach werden – und von dort in die Familien zurückkehren

BILDUNG

Landeszentrale vor Neuaufstellung: Direktorin Ulrika Engler scheidet demnächst aus

In der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) steht ein Wechsel an. Nach Informationen des Politikjournals Rundblick scheidet die bisherige Direktorin Ulrika Engler demnächst aus, intern hat schon die Suche nach einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger begonnen. „Eine Ausschreibung wird vorbereitet“, teilt dazu das Wissenschaftsministerium mit. Diese Einrichtung hat gerade für die rot-grüne Landesregierung einen großen symbolischen Wert. Unter dem damaligen Ministerpräsidenten Christian Wulff war die alte LpB im Jahr 2004 aufgelöst worden. Die Begründung lautete, dass diese Behörde sich vor allem auf die Herausgabe von Publikationen beschränkt und zu wenig zur Förderung der politischen Bildung beigetragen hatte. Dieser Schritt hatte die Folge, dass SPD und Grüne in mehreren Wahlkämpfen den damaligen Regierungsparteien CDU und FDP vorwarfen, bei der politische Bildung gespart und damit einen Kardinalfehler begangen zu haben. 2016, im ersten rot-grünen Kabinett von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), wurde die Landeszentrale dann wieder neu gegründet. Über die Zuständigkeit hatte es intern ein Gerangel gegeben. Manche meinten, das für Bildungsarbeit primär zuständige und damals von Frauke Heiligenstadt

Foto: LpB

Ulrika Engler.

(SPD) geführte Kultusministerium sei die richtige Adresse in der Landesregierung. Das fand aber nicht das Einverständnis der Grünen, so ging die Zuständigkeit an die damalige Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajic (Grüne).

Ulrika Engler teilte dem Politikjournal Rundblick auf Anfrage mit, sie wolle sich „beruflich neu orientieren". Spannend wird nun die Frage, wie eine Neuaufstellung der Landeszentrale ausgestaltet wird. Inzwischen wird das Wissenschaftsministerium von einem Sozialdemokraten geführt, das Kultusministerium indes wird geleitet von Julia Hamburg (Grüne). Ob Wissenschaftsminister Falko Mohrs (SPD) die Kompetenz an die Kollegin Hamburg abgibt? Wie es in Regierungskreisen heißt, ist damit wohl nicht zu rechnen. Im Koalitionsvertrag hatten SPD und Grüne eine „Stärkung" der Landeszentrale beschlossen, ohne dies näher auszuführen. Allgemein wird beobachtet, dass diese Einrichtung in der breiten landespolitischen Öffentlichkeit kaum auffällt. Neben Engler gibt es zwölf weitere Mitarbeiter. Die LpB konzentriert sich darauf, politische Bildungsprojekte zu begleiten und zu unterstützen. Dabei will sie auch die Fläche Niedersachsens erreichen. Engler ist in ihrer inzwischen achtjährigen Amtszeit mit Vorträgen in Erscheinung getreten, sie sprach 2024 beispielsweise als Gastrednerin aus Anlass des Grundgesetz-Geburtstages auf einem Landesparteitag der Grünen. Die Theologin genießt in Hannover und in der Fachwelt einen guten Ruf. In der rot-grünen Koalition gibt es allerdings einen gewissen Interpretationsspielraum zu der Frage, was im Koalitionsvertrag mit „Stärkung" gemeint ist - womöglich eine personelle Ausweitung, eine Vergrößerung des Budgets oder eine bessere Profilierung in der Außendarstellung?

Noch in der Zeit der Großen Koalition von 2017 bis 2022 war vereinbart worden, eine „Evaluation" der Landeszentrale vorzubereiten. Über die Ergebnisse ist dann aber nicht mehr öffentlich diskutiert worden. Die LpB hatte bisher vor allem vor Wahlen Aktivitäten entfaltet, auf die Gefahren von Fake-News hingewiesen und neue Wege skizziert, wie junge Menschen an die Politik herangeführt werden können. Vor der Landtagswahl ist beispielsweise ein spezieller Wahl-O-Mat für junge Wähler entwickelt worden. Auch mit den Filterblasen in den sozialen Netzwerken hat sich die Landeszentrale beschäftigt und das Thema in Workshops vertieft. (kw)

JUBILÄUMSBUCH

GESUNDHEIT

Marburger Bund: Überstunden und wachsende Gewalt belasten die Klinik-Ärzte

Foto: Kleinwächter

Hans Martin Wollenberg und Andreas Hammerschmidt vom Marburger Bund Niedersachsen in der LPK bei Hilke Janssen.

Die Ärztegewerkschaft „Marburger Bund“ schlägt Alarm: Jeder vierte Klinik-Arzt denke laut einer aktuellen Mitgliederbefragung über einen Berufswechsel nach. Weitere 16 Prozent gaben an, unentschlossen zu sein. „Damit schließen insgesamt über 40 Prozent einen Ausstieg aus dem ärztlichen Beruf nicht aus“, erklärten die beiden niedersächsischen Landesvorsitzenden Hans Martin Wollenberg und Andreas Hammerschmidt am Mittwoch in der Landespressekonferenz. Ein Grund für das Hadern mit der eigenen Berufswahl sei für viele Beschäftigte die hohe Arbeitsbelastung. Zwar habe sich die Zahl der Überstunden im Vergleich zur vorherigen Erhebung vor zwei Jahren verbessert, allerdings nur wenig. Knapp die Hälfte der 1300 Befragten gab an, pro Woche im Schnitt eine bis vier Überstunden zu leisten, 34 Prozent arbeiten demnach wöchentlich vier bis neun Stunden über ihrem Soll und immerhin noch 16 Prozent gaben an, bis zu 19 Überstunden leisten zum müssen. Ein geringer Anteil von zwei beziehungsweise einem Prozent erklärte, zwischen 19 und 29 oder sogar mehr Stunden über der regulären Arbeitszeit im Dienst zu sein. Den Rekord halte ein Oberarzt mit mehr als 700 Überstunden über ein halbes Jahr gerechnet, sowie eine Ärztin in Ausbildung, die im selben Zeitraum rund 370 Stunden zu viel gearbeitet hätte. Diese enorme Mehrbelastung sorge dafür, dass immer mehr Ärzte eine „eigene Arbeitszeitreform“ anstreben, erklärte Hammerschmidt. Gemeint ist damit ein Wechsel von einer Voll- in eine Teilzeitbeschäftigung. Fast 40 Prozent der befragten Ärzte arbeiten mittlerweile in Teilzeit. Als der „Marburger Bund“ 2019 erstmals die bundesweiten Ergebnisse der Mitgliederbefragung für Niedersachsen gesondert ausgewertet hatte, lag dieser Wert noch bei 29 Prozent.

Jeder zehnte befragte Arzt gab an, beruflich ständig über die eigenen Grenzen zu gehen. Fast die Hälfte fühlt sich häufig überlastet. Nur zwei Prozent der Befragten konnte erklären, bei der Arbeit keinerlei Stress zu verspüren. Was viele der Befragten offenbar doch bei der Stange hält, ist die Teamarbeit. Diese wird von einer übergroßen Mehrheit als eher oder sehr gut bewertet. Doch gleichzeitig belastet die Beschäftigten der zunehmende Stellenabbau. „In einem kaputten Gesundheitssystem als Marionette der Krankenhausgewinnmaximierung zu fungieren, macht einen selbst kaputt, wenn man nicht rechtzeitig geht“, erklärte eine befragte Person auf die Frage, weshalb sie nicht länger in der kurativen Versorgung tätig sein möchte. Insgesamt drei Viertel der Befragten gaben konkret die hohe Arbeitsbelastung als Grund für einen möglichen Berufswechsel an. Mehr als zwei Drittel erklärten, die Arbeitsbedingungen widersprächen dem eigenen Anspruch. Fast die Hälfte beklagt, zu wenig Zeit für die Patienten zu haben. Eine befragte Person schrieb: „Der Umgang miteinander wird immer schlechter. Das ärztliche Ideal hat in dem Wirtschaftsunternehmen Krankenhaus keinen Platz. Fort- und Weiterbildung sind kosten- und personalbedingt kaum noch möglich.“ Jemand anderes warnt davor, dass es aufgrund der hohen Arbeitsdichte eine Gefährdung der eigenen und der Patientengesundheit gebe. Der „Marburger Bund“ fordert daher einen Personalaufbau, statt eines Abbaus. Zudem müssten die Arbeitsbedingungen an den Kliniken verbessert werden. Für den ländlichen Raum spricht sich Verbandschef Wollenberg für eine bessere

Bezahlung der Ärzte aus sowie für eine Investition auch in die Rahmenbedingungen vor Ort, die das Leben jenseits der Großstädte attraktiver machen könnten.

Zu wenig Zeit für die Patienten zu haben, werde durch die schlechte IT-Ausstattung in den Kliniken noch verstärkt, erklärte Wollenberg vom „Marburger Bund“ und sein Vorstandskollege Hammerschmidt meinte, durch die angespannte Situation verschärfe sich ein anderes Problem zunehmend. So berichten fast 90 Prozent der befragten Ärzte, schon einmal verbale Gewalt am Arbeitsplatz erlebt zu haben, mehr als die Hälfte der Befragten berichtet sogar von körperlicher Gewalt. Ein Betroffener berichtet in der Befragung von zunehmendem Egoismus in der Gesellschaft und schwindendem Verständnis für das Solidarsystem. Der Krankenkassenbeitrag werde wie ein Netflix-Abo betrachtet, bei dem auf Knopfdruck eine Leistung beansprucht werden könne. Hammerschmidt berichtet aus seiner Erfahrung als Oberarzt in der Notaufnahme heraus, dass die Gewalt von allen Teilen der Gesellschaft ausgehe. Von vorhandenen Schutzmaßnahmen wie beispielsweise einem Sicherheitsdienst, spezifischen Schulungen oder Deeskalations-Trainings in ihrer Klinik wusste allerdings nicht einmal die Hälfte der Befragten zu berichten. Hier fordert der „Marburger Bund“ Nachbesserung durch eine individuelle Gefährdungsanalyse, Aufklärung, Schulung und konsequente Ahndung. (nkw)

FEATURE

Plattdeutsch soll Schulfach werden - und von dort in die Familien zurückkehren

Von Anne Beelte-Altwig

Für den syrischen Jungen war klar: „Ich muss Plattdeutsch lernen.“ Plattdeutsch ist die Sprache, die alle seine Freunde sprechen, und er möchte dazugehören. Gut, dass es an seiner Schule einen Lehrer gab, der ihm helfen konnte: der Teil des niedersächsischen Beraternetzwerks für Niederdeutsch und Saterfriesisch an Schulen ist.

Stephan Zelesny kennt viele solcher Anekdoten. Der Jurist ist im Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung zuständig für den Schutz von nationalen Minderheiten. Das meint zum einen Teil bestimmte Gruppen von Menschen, zum anderen Teil die Sprachen, die sie sprechen. In Niedersachsen sind das die Sinti, die Roma und die Friesen, die sich wiederum in Ostfriesen und Saterfriesen unterteilen lassen, mit ihren jeweiligen Sprachen. „Die Ostfriesen sind die einzige Minderheit, die keine eigene Sprache hat“, erklärt Zelesny. „Sie sprechen Platt.“ Niederdeutsch ist die Sprache, die einst in ganz Norddeutschland gesprochen wurde - und noch weit darüber hinaus, in den Stützpunkten der Hanse von London bis Stockholm. Wie die ursprüngliche Sprache der Friesen geklungen haben muss, die vom Niederdeutschen ver-

Foto: Beelte-Altwig

Stephan Zelesny ist im Ministerium für Regionale Entwicklung zuständig für nationale Minderheiten.

drängt wurde, davon gibt bis heute das Saterfriesische einen Eindruck, das nur noch von rund 1500 Menschen gesprochen wird.

Bis vor kurzem stand es auch um das Niederdeutsche nicht gut. Das fing schon zum Ende des Mittelalters an: Mit dem Niedergang der Hanse begann auch der Abstieg ihrer Sprache. Als Schriftsprache setzte sich Hochdeutsch durch. Niederdeutsch blieb noch jahrhundertelang die gesprochene Umgangssprache, galt aber zunehmend als Sprache der Ungebildeten. Die Bezeichnung „Plattdeutsch" war nicht freundlich gemeint. „Schon im 17. Jahrhundert mussten Schüler und Lehrer damit umgehen, dass zu Hause Niederdeutsch gesprochen wurde und die Unterrichtssprache Hochdeutsch war", erklärt Doreen Brandt, Juniorprofessorin für niederdeutsche Literatur an der Universität Oldenburg. Als Bildungshindernis wurde die Zweisprachigkeit aber offenbar erst ab dem 19. Jahrhundert angesehen. Auf einmal gaben Eltern ihre Muttersprache nicht mehr an die Kinder weiter. Man fürchtete, dass sie davon einen Nachteil in der Schule haben würden. Wissenschaftlich ist das längst überholt: „Wer zweisprachig mit Hochdeutsch/Niederdeutsch aufwächst, lernt erwiesenermaßen leichter weitere Fremdsprachen", erklärt eine Sprecherin des Kultusministeriums. Aber der Bruch in der Generationenkette war passiert. „Von diesem Bruch sprechen alle, auch wenn niemand genau sagen kann, wann es passiert ist", sagt der Minderheiten-Beauftragte Zelesny.

Foto: Uni Oldenburg

Doreen Brandt ist Juniorprofessorin für niederdeutsche Literatur an der Universität Oldenburg

„Wir haben erkannt, dass es unserer Anstrengungen bedarf", berichtet er. Die „Initialzündung" für eine aktivere Förderung des Plattdeutschen brachte 2017 ein Entschließungsantrag, den die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gemeinsam eingebracht haben. „In jeder Fraktion gab es Abgeordnete, die Plattdeutsch sprechen, so dass die Debatte im Landtag sogar auf Platt geführt wurde", erinnert sich Zelesny. Ein erklärtes Ziel ist, Niederdeutsch als Schulfach zu etablieren. „Aus den Schulen nehmen es die Kinder mit in die Familien", hofft er. In Oldenburg gibt es seit 2020 eine zweite Professur für Niederdeutsch. 2023 startete ein Bachelor-Studiengang, 2026 sollen zwei Studiengänge mit dem Abschluss „Master of Education" hinzukommen, die für die Lehrämter an Gymnasien, Haupt- und Realschulen qualifizieren. Acht Studenten, berichtet Doreen Brandt, haben in diesem Winter angefangen. Alle haben Vorkenntnisse: Manche sprechen Plattdeutsch, andere können es zumindest verstehen. Aber für alle gilt, dass sie die Seminare zur Sprachpraxis besuchen müssen.

Neben Schule und Universität ist auch Kultur ein Hoffnungsträger, um das Niederdeutsche am Leben zu halten. „Man muss die Sprache in die Öffentlichkeit bringen", meint Stephan Zelesny. „Sie ist dann eine Art Stolperstein. Die Leute reden über die Sprache." Dazu gibt es den Band-Wettbewerb „Plattsounds", die Initiative „Fredag is Plattdag", Poetry Slams und den plattdeutschen Lesewettbewerb, unterstützt von der Sparkassenstiftung, an dem jedes Jahr mehr als zehntausend Kinder teilnehmen. Das sind keineswegs nur Muttersprachler. Besonders gefreut hat sich Zelesny über den Erfolg eines geflüchteten Mädchens aus der Ukraine bei dem Lesewettbewerb, um den ihn

seine Kollegen auf europäischer Ebene beneiden. „Das ist die größte Veranstaltung dieser Art in Mitteleuropa“, sagt er. Das Regionalministerium versteht sich als eine Art „Verteilerknoten“ rund um das Thema Regionalsprachen. Von hier aus werden die Aktivitäten der Fachressorts koordiniert, Netzwerke gepflegt und Informationen weitergegeben. Für Ministerin Wiebke Osigus ist es ein Herzensthema: „Sprachen wie Saterfriesisch und Plattdeutsch stärken den Zusammenhalt der Menschen im ländlichen Raum. Sie sind lebendiger Ausdruck einer tiefen Verbundenheit von Land und Leuten. Dass gerade junge Menschen sich wieder mehr für die Sprache ihrer Vorfahren interessieren, freut mich als Regionalentwicklungsministerin daher sehr. Platt is cool.“

Foto: Beette-Altwig

Plattdeutsche Materialien für verschiedene Zielgruppen

Platt kann auch seriös: An sieben Schulen findet benoteter Niederdeutschunterricht statt, teilt das Kultusministerium mit. Dazu kommen geschätzte 300 Schulen, an denen es andere Angebote gibt: Sprachenwerbskurse, AGs, Theater-, Musik- oder Geschichts-Projekte oder ein so genannter „Immersionsunterricht“. Dabei lernen Kinder die Sprache nicht gezielt, sondern zum Beispiel der Sachunterricht findet ganz selbstverständlich auf Niederdeutsch statt. Die Kinder tauchen quasi in die Sprache ein. Die Landschaftsverbände haben darauf gedrängt, dass das Kultusministerium Rechtssicherheit in Bezug auf die korrekte plattdeutsche Rechtschreibung schafft. Für das ostfriesische Platt und das Nordniedersächsische, das in weiten Teilen des Landes einheimisch ist, gibt es verbindliche Regelwerke. Noch kein Wörterbuch ist für das in Braunschweig und Göttingen gesprochene Ostfälische ist erschienen. Für die gesprochene Sprache gilt: Jede Dialekt-Variante ist erlaubt. Allerdings kommt es auch vor, dass an einer Schule zwar die Niederdeutsch-Kompetenz vorhanden ist, aber keine Nachfrage von Seiten der Schülerschaft. „Damit muss man rechnen“, sagt Doreen Brandt nüchtern. Ob Platt in der jeweiligen Schulkultur als cool gilt, hänge von vielen Faktoren ab.

„Platt wird definitiv nicht aussterben“, ist Stephan Zelesny sicher. Doreen Brandt bekräftigt: „Wir unternehmen genügend Anstrengungen dafür.“ Allerdings ist der Anteil der Sprecher regional sehr unterschiedlich verteilt. In der Plattdeutsch-Hochburg Ostfriesland hat eine Umfrage ergeben: 16 Prozent der Befragten sprechen in der Familie Platt, 60 Prozent beherrschen es gut bis sehr gut. Ostfriesland, erklärt Zelesny, sei Vorreiter bei der Niederdeutsch-Förderung. Sogar in Hannover hört man inzwischen Menschen mit „Moin“ grüßen - obwohl das gar nicht üblich ist im Nordniedersächsischen, der hier heimischen Variante des Niederdeutschen. Darauf angesprochen, lacht Doreen Brandt: Ihr fällt auch in der Krimiserie „Soko Wismar“ auf, dass alle ständig „Moin“ sagen, was nicht Mecklenburgisch ist, sondern ein sprachlicher Import aus dem Nordwesten. „Auch wenn so etwas medial vermittelt ist, kann es sich durchsetzen“, sagt die Expertin.

P UND P

Personen und Positionen

Foto: Meyer-Werft

Geben im Aufsichtsrat der Meyer-Werft den Ton an (von links): Heiko Messerschmidt, Klaus Richter und Olaf Lies.

Klaus Richter, ehemaliger Chef des Rüstungskonzerns Diehl, hat den Vorsitz im neuen Aufsichtsrat der Meyer-Werft in Papenburg übernommen. Sein Stellvertreter ist Heiko Messerschmidt von der IG Metall Küste. Arbeitnehmerseite und Anteilseigner entsenden jeweils sechs Vertreter. Für das Land Niedersachsen sitzen Wirtschaftsminister Olaf Lies und die Wirtschaftsjuristin Anne Deter aus dem Finanzministerium im Gremium; zwei weitere Aufsichtsratsmitglieder entsendet der Bund. Als Familienvertreter gehört Jan Meyer, Sohn des ehemaligen Seniorchefs Bernard Meyer, dem Gremium an. „Die Einsetzung eines mitbestimmten Aufsichtsrats war - neben der Rückverlagerung des Unternehmenssitzes nach Papenburg - ein zentraler Meilenstein für die erfolgreiche Neuaufstellung der Werft“, sagte Lies. Nach der kartellrechtlichen Freigabe im Dezember hatten Bund und Land jeweils rund 40 Prozent der Anteile an der Werft übernommen und dafür je 200 Millionen Euro zur Sanierung des Unternehmens eingebracht.

Foto: Tui Group

Sebastian Ebel

Sebastian Ebel, Vorstandsvorsitzender der Tui-Group mit Sitz in Hannover, fordert einen wirtschaftspolitischen Neustart für Deutschland und Europa. „Wir brauchen eine neue Vision, einen neuen Zukunftsplan, der Innovationen und Investitionen fördert und Wachstum und Nachhaltigkeit in Einklang bringt“, sagte Ebel bei der virtuellen Hauptversammlung des Tourismuskonzerns am Dienstag. Der Tui-Chef kritisierte vor allem die überbordende Bürokratie und die „staatliche Gängelung“ der Unternehmen. „Die Ampel hat in rund drei Jahren acht Prozent neue Stellen bei den Beamten und Angestellten auf Bundesebene geschaffen. Jede zusätzliche Stelle produziert neue Regeln und möchte sie danach überwachen“, sagte Ebel. Deutschland sei „einer der am höchsten regulierten Standorte der Welt“. Ebel sprach sich für gezieltere Investitionen in Polizei, Krankenhaus- und Gesundheitswesen sowie in die Infrastruktur aus. „In einem solchen Umfeld investieren die Unternehmen dann auch wieder.“ Als Vorbild nannte er Griechenland: Die Regierung habe das Land durch einschneidende Reformen, einen klaren Fahrplan und mutige Schritte wieder nach vorne gebracht. Auch Tui musste nach der Staatsrettung in der Corona-Krise tiefgreifende Veränderungen durchlaufen und hat sich nun wieder stabilisiert. „Die Krise ist endgültig überwunden. Wir sind klar auf dem Kurs für profitables Wachstum“, erklärte Ebel. Der Umsatz lag im Geschäftsjahr 2024 bei 23 Milliarden Euro, das bereinigte EBIT bei 1,3 Milliarden Euro. Für 2025 geht der Tui-Chef davon aus, dass der Tourismus wieder stärker wachsen wird als die Weltwirtschaft. Umsatz und EBIT sollen weiter steigen, während der Reisekonzern verstärkt auf digitale Geschäftsmodelle und neue Märkte setzt, um sich breiter aufzustellen.

Foto: HSH

HSH-Präsident Prof. Josef von Helden (rechts) begrüßt Christian Kiehne.

Christian Kiehne, bislang Prüfer beim Landesrechnungshof in Hildesheim, ist neuer hauptamtlicher Vizepräsident der Hochschule Hannover (HSH). Der 44-jährige Jurist übernahm das Amt zum 1. Februar und kehrt damit an seine frühere Wirkungsstätte zurück: Von 2010 bis 2019 war er bereits an der HSH tätig, zuletzt als Dezernent für Personal und Recht sowie als Vertreter des damaligen hauptberuflichen Vizepräsidenten. Kiehne übernimmt in seiner neuen Funktion die Zuständigkeit für Controlling und Finanzen, Gebäudemanagement sowie Personalangelegenheiten. Er tritt die Nachfolge von Georg Frischmann an, der nach sechs Jahren im Amt in den Ruhestand geht.

Andreas Philippi, Landessozialminister, wirbt im Kabinett für die Zustimmung zum Gewalthilfegesetz. An diesem Freitag soll der Bundesrat in seiner letzten Sitzung vor der Bundestagswahl das Vorhaben abschließend beraten, das Ende Januar noch rasch vom Bundestag angenommen worden ist. Ziel ist eine bessere Versorgung von Menschen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind - beispielsweise durch flächendeckende Schutz- und Beratungsangebote. Wie ein Sprecher des Sozialministeriums erklärte, habe Niedersachsen im Gesetzgebungsprozess eigene Akzente erfolgreich einbringen können. So sei abweichend zum ersten Gesetzentwurf nun festgeschrieben, dass neue Schutzplätze tatsächlich für Frauen vorgehalten werden sollen. Das Sozialministerium begründet diese Einschränkung damit, dass etwa 80 Prozent der Betroffenen von häuslicher Gewalt weiblichen Geschlechts seien. Zu den Kosten, die durch das Gesetz auf Niedersachsen zukommen werden, konnte die Landesregierung derweil noch keine Angaben machen. Bis Mitte des kommenden Jahres müsse eine Bedarfserfassung angefertigt werden. Weiß man dann, wie viele zusätzliche Frauenhausplätze gebraucht werden, könne eine Kostenschätzung folgen. Regierungssprecherin Anke Pörksen verwies auf eine hohe Dunkelziffer bei Fällen von häuslicher Gewalt, weil Vorkommnisse häufig nicht zur Anzeige gebracht würden. Sie mahnte eine hohe gesellschaftliche Aufmerksamkeit an, die das Thema verdiene. Knapper Wohnraum würde das Problem zudem verschärfen, ebenso Gewaltaufrufe in den sozialen Medien. In der kommenden Plenarsitzung des Bundesrats wird außerdem Niedersachsens Initiative zum sogenannten „Catcalling“ abschließend beraten. Die Landesregierung setzt sich damit dafür ein, verbale und nonverbale Belästigung künftig unter Strafe zu stellen.

PODCAST: POLITIKNERDS

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

DREI QUELLEN MEDIENGRUPPE

Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5748

REDAKTION

Chefredakteur V.i.S.d.P.
Dr. Klaus Wallbaum (kw)

Chefredakteur Neue Medien
Niklas Kleinwächter (nkw)

Chefredakteur Wirtschaft
Christian Wilhelm Link (cwl)

Redakteurin
Anne Beelte-Altwig (aba)

Redaktionsassistenz
Sina Gartz

redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Leiter Medien & Vertrieb
Tomas Lada
Telefon (0511) 13 22 29 55
Telefax (0511) 13 22 29 58
lada@drei-quellen-mediengruppe.de

Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,
Z.-Nr H 2871,
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich

Marktstraße 45, 30159 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 40
Telefax (0511) 13 22 29 59